

Interview im Deutschlandfunk vom 27.7.2006

Gert Weisskirchen warnt Israel vor eigener politischer Schwächung

Interview Deutschlandfunk, 27.7.2006, 12.23 Uhr

SPD- Außenpolitiker warnt Israel vor eigener politischer Schwächung

Weisskirchen rät von unverminderter Offensive gegen Hisbollah ab

Moderation: Christine Heuer

Nach Einschätzung Gert Weisskirchens, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, würde sich Israel mit einer unverminderten Fortsetzung der Angriffe auf die Hisbollah selbst schaden. Militärisch stärke Israel vielleicht seine Position, politisch werde es aber geschwächt, sagte Weisskirchen vor dem Hintergrund der internationalen Appelle zu einer Waffenruhe.

Christine Heuer: Deutschland hat mit dem Nahostkrieg ein Sonderproblem. Hier beschäftigt Politik und Öffentlichkeit auch die Frage, ob deutsche Soldaten an einer internationalen Friedenstruppe teilnehmen sollen, die, wie auch immer ihr Mandat wäre, ja auf jeden Fall zwischen die Hisbollah und Israel gestellt wäre. Deutsche Beteiligung ja oder nein also ein Aspekt bei der Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses heute in Berlin.

Die Diplomatie läuft also auf Hochtouren, aber es gibt keine Ergebnisse. Es gibt keine Einigung über ein rasches Ende der Gewalt, keine gemeinsame Haltung zum israelischen Angriff auf den UN- Posten im Südlibanon, keine Klarheit über eine Friedenstruppe, noch nicht einmal über ein UN- Mandat dafür, und in Deutschland wissen die Politiker noch nicht, ob sich die Bundeswehr an einer Friedensmission beteiligen soll oder nicht. Was soll, was muss und was kann auf diplomatischem Weg erreicht werden?, fragen wir jetzt. Und zwar fragen wir den außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Guten Tag, Gert Weisskirchen!

Gert Weisskirchen: Guten Tag, Frau Heuer! Nun, was kann man tun? Man kann im Moment nur versuchen, bei den Konfliktparteien und bei denen, die in der Region die Akteure sind, auszuloten, welche Chancen sie sehen, wie praktisch es nun vorankommen kann, was die G8 gefordert hat, was die EU fordert und was nun auch gestern in Rom festgehalten worden ist, wie es nun endlich dazu kommen kann, dass die Waffen schweigen.

Heuer: Aber ausgelotet wird ja, Herr Weisskirchen. Und das Ergebnis ist: die Kämpfe gehen unvermindert weiter und es gibt wie gerade geschildert keine Einigung auf internationaler Ebene, wie man weiter vorgehen möchte. Konkret gefragt zum Beispiel: Was hat der Besuch von Condoleezza Rice in der Region tatsächlich gebracht?

Weisskirchen Immerhin hat es das gebracht, dass es eine Bekräftigung gibt der Haltung der G8. Die Bekräftigung kann nur am Ende heißen, am Ende eines längerwierigen und schwierigen Prozesses, dass dann die internationale Staatengemeinschaft, wenn die Bedingungen denn erfüllt sind, also nach einem Waffenstillstand verknüpft mit der Herausgabe der Soldaten, die gefangen genommen worden sind, eine Chance besteht, endlich zurückzukehren in einen diplomatischen Prozess, der hoffentlich auf einen dauerhaften Frieden angelegt sein wird.

Heuer: Nun hören wir aber aus Israel, wie jetzt schon mehrfach geschildert in dieser Sendung, dass die Regierung dort die Ergebnisse von Rom, von der

Libanon- Konferenz, als grünes Licht wertet weiterzumachen. Da haben die diplomatischen Bemühungen bisher überhaupt nicht gefruchtet. War denn das das Ergebnis von Rom zu sagen, ja, ihr dürft?

Weisskirchen: Ein Ergebnis von Rom ist immerhin doch sehr erfreulich, nämlich dass Israel zustimmt, dass Korridore geschaffen werden, in denen über eine halbe Million Flüchtlinge nun endlich aus dem Land herauskommen. Immerhin, es sind ja auch einige schon nach Syrien und anderswo rausgekommen, aber es sind immer noch zu viele auf dem Weg, auf der Flucht. Das ist doch immerhin ein handhabbares praktisches Ergebnis. Wir beteiligen uns ja auch finanziell daran, Deutschland und die EU.

Heuer: Herr Weisskirchen, aber hat die israelische Regierung das Ergebnis von Rom aus Ihrer Sicht richtig interpretiert?

Weisskirchen: Es bestehen natürlich unterschiedliche Auffassungen. Der wirkliche Kern des Problems ist: Hisbollah muss nun endlich darauf verzichten, einen offenen Krieg führen zu wollen. Das hat Hisbollah, bevor Israel sich gewehrt hat, entschieden und hat dann einen Kriegsverlauf angesteuert, der nun einfach von Israel auch hat beantwortet werden müssen. Je mehr wir alle gemeinsam dazu beitragen, Syrien beispielsweise davon zu überzeugen, die Hilfe gegenüber Hisbollah einzustellen, oder Ägypten mithilft, Hamas zu beeinflussen, desto eher kann dann auch endlich es dazu kommen, dass die Diplomatie wieder über die Kriegsführung, wenn es denn geht, gewinnt.

Heuer: Jetzt habe ich zweimal gefragt. Ich glaube, Herr Weisskirchen, ich kriege keine Antwort auf diese zugespitzte Frage, hat Israel Recht zu sagen, das war ein grünes Licht von Rom, das ist das Signal, wir dürfen mit der Offensive und wir sollen weitermachen, bis die Hisbollah entscheidend geschwächt ist?

Weisskirchen: Schauen Sie, Amir Perez, der Verteidigungsminister Israels, war der erste, der gesagt hat, wir brauchen so etwas wie eine internationale Friedenstruppe dort. Ich finde, dass man versuchen muss, innerhalb Israels auch dafür zu werben. Das Ereignis, was wir gesehen haben, der Angriff auf UNIFIL, beweist es ja auch. Ich glaube nicht, dass es auch im Interesse Israels ist, nun so diesen Krieg weiterzuführen, weil am Ende auch Israel selber dadurch geschwächt werden kann, militärisch vielleicht gestärkt, politisch aber geschwächt. Das, glaube ich, kann auch nicht das Ziel sein, das Israel weiter verfolgen sollte.

Heuer: Wie, Herr Weisskirchen, beurteilen Sie, was heute Nacht in New York beim Sicherheitsrat passiert ist, wo gegen den Widerstand der USA eine formelle Kritik an Israel wegen dieses Angriffes auf die UNIFIL nicht zu Stande gekommen ist?

Weisskirchen: Der Sicherheitsrat - das ist nichts Neues - hat häufig solche Konflikte zu bewältigen und zu bearbeiten und hat sich jetzt auf heute vertagt. Vielleicht kann man eine Wortwahl so finden, dass alle Beteiligten dem zustimmen.

Heuer: Aber noch ist es nicht geglückt. Also eine Frage der Zeit?

Weisskirchen: Richtig.

Heuer: Sie haben die Friedenstruppe angesprochen. Wenn die zu Stande kommt, natürlich die Frage auch an Sie, Herr Weisskirchen: Sollen sich deutsche Soldaten dann daran beteiligen?

Weisskirchen: Eines ist völlig klar: Zunächst müssen alle Bedingungen geklärt sein. Die UNO, die USA, Russland und die Europäische Union müssen einen solchen Beschluss des Weltsicherheitsrates akzeptieren, tragen und mitstärken. Wenn denn dann alle vier der Auffassung sind, es muss eine Sicherheitskomponente eingebaut werden in einen diplomatischen Prozess, in einen Prozess, der dann auch eine Sicherheit braucht, um den Frieden stabil zu machen, dann erst - und das dauert Wochen auf Wochen - , dann erst kann diese Frage überhaupt wirklich real gestellt werden und dann wird sie auch real beantwortet.

Heuer: Und dann auch von der SPD. Sie wissen es selber noch nicht?

Weisskirchen: Nein, weil die Bedingungen noch nicht geklärt sind. Bevor Bedingungen nicht klar sind, kann auch niemand als verantwortlicher Politiker sagen, und wir sind auf jeden Fall dabei. Das wäre höchst riskant und auch fahrlässig.

Heuer: Gert Weisskirchen, der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Ich danke Ihnen für das Gespräch, Herr Weisskirchen.

Weisskirchen: Ich danke, Frau Heuer.

Veröffentlicht am 27.07.2006

"Entschuldigung? Endlich!"

"Entschuldigung? Endlich!"

[25.08.2005] - Tagesecho - Bára Procházková

Die Vertreter der Sudetendeutschen aus Tschechien, Deutschland und Österreich haben 60 Jahre lang auf eine Versöhnungsgeste gewartet. Nun ist es soweit! Die tschechische Regierung verabschiedete am Mittwoch eine Entschuldigung gegenüber den sudetendeutschen Antifaschisten. Bára Procházková fasst die ersten Reaktionen der deutschen und österreichischen Seite zusammen.

Die Vertreter der Sudetendeutschen aus Deutschland und Österreich begrüßen die offizielle Versöhnungsgeste der tschechischen Regierung gegenüber denjenigen Sudetendeutschen, die gegen den Faschismus kämpften und nach dem Kriegsende wegen ihrer deutschen Herkunft diskriminiert wurden. Die Vorsitzende des Verbandes der Vertriebenen, Erika Steinbach (CDU), erhofft sich einen direkten Dialog zwischen den tschechischen Politikern und den Sudetendeutschen:

"Ich halte das für einen wichtigen und guten Schritt in die richtige Richtung. Und ich freue mich darüber auch aus dem Grunde, weil einer meiner Vorgänger als Präsident des Bundes der Vertriebenen sudetendeutscher Widerstandskämpfer gewesen ist. Vor diesem Hintergrund freue ich mich, dass jetzt nicht nur für die tschechischen, sondern auch für die sudetendeutschen Widerstandskämpfer etwas getan wird."

Die Form der Entschädigung sei akzeptabel, fügt Erika Steinbach hinzu. Es handele sich um eine Verbesserung der Atmosphäre in den deutsch-tschechischen Beziehungen, die Betroffenen hätten zumindest ein bisschen Gerechtigkeit bekommen, sagte am Mittwoch der Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt (CSU). Mit diesem Standpunkt ist jedoch der Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreichs, Peter Wassertheuer, nicht einverstanden.

"Die Reaktion von unserer Seite ist geteilt. Alles, was Tschechien in dieser Sache macht, ist eigentlich halbherzig. Es gibt zwar immer wieder eine Ankündigung von Gesten und Erklärungen. Dort, wo es aber wirklich um eine Bewusstmachung des Unrechts an den Sudetendeutschen geht, da verfährt man eigentlich immer sehr halbherzig. Das betrifft auch die Frage der Entschädigung. Wir denken, dass mit Erklärungen alleine den Betroffenen nicht geholfen werden kann."

Der außenpolitische Sprecher der deutschen Sozialdemokraten, Gert Weisskirchen (SPD), hält dagegen, dass ein individuelles Leid, nicht mit Geld aufgewogen werden könne. Diese kollektive Geste gegenüber allen, die unrechtmäßig behandelt worden sind, sei ein schönes Zeichen, so Weisskirchen wörtlich:

"Ich finde, dass es ein wundervolles Zeichen ist, dass in der tschechischen Republik nun endlich in der Regierung angekommen ist, was seit vielen Jahrzehnten in den Dissidentenkreisen und dann später von Vaclav Havel als eine ausdrückliche Entschuldigung gegenüber denen, die vertrieben worden sind, angesprochen wurde. Nun endlich hat die Regierung sich das zu Eigen gemacht. Das zeigt, dass der Prozess der Selbstverständigung innerhalb der tschechischen Gesellschaft weit vorangekommen ist."

Geteilt bleibt die Meinung bei den Vertretern der deutschen Minderheit in Tschechien. Der Vorsitzende des Schlesisch- deutschen Verbandes in Opava / Oppau, Hans D. Korbek, schrieb in der Tageszeitung Hospodarske noviny, man solle Deutsche nicht in "gute" oder "schlechte" teilen. Schließlich haben nach dem Kriegsende in der Tschechoslowakei alle Bürger deutscher Nationalität gelitten, so Korbek. Der Vize- Präsident der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, Richard Sulka, begrüßte dagegen die Initiative der tschechischen Regierung, obwohl er in der Erklärung eine Geste für die in Tschechien lebende deutsche Minderheit vermisst:

"Ich sehe es als eine ganz große Sache und freue mich ganz besonders, dass sich endlich ein Politiker 15, 16 Jahre nach der Wende fähig ist, ein sehr unpopuläres Thema aufzugreifen und auch durchzusetzen. Ich freue mich ganz besonders, dass der jetzige Ministerpräsident Paroubek das gemacht hat."

Source: Czech Radio 7, Radio Prague

URL: <http://www.radio.cz/de/artikel/69987>

© Copyright 1996, 2005 Radio Prague

All rights reserved.

Veröffentlicht am 26.08.2005

Gysi und Lafontaine entlarven sich als außenpolitisches Laien Duo

Zu den Äußerungen von Gysi und Lafontaine zu Afghanistan und dem internationalen Terrorismus auf ihrer heutigen Pressekonferenz erklärt der außenpolitische Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion, Gert Weisskirchen:

Mit ihrer Behauptung, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ursächlich sei für die Anschläge internationaler Terrorgruppen in Europa, entlarven sich Lafontaine und Gysi als außenpolitische Laien- Duo, das nicht einmal mehr erkennt, wann es sich bei der Beurteilung internationaler Politik lächerlich macht.

Halten wir fest: Es war der Taliban- Terror in Afghanistan und die Terror- Aktionen von Al Qaida über die Grenzen des Landes hinaus, die zum Einsatz der ISAF und Enduring Freedom in Afghanistan geführt haben. Mit ihren Behauptungen auf der heutigen Pressekonferenz verdrehen die Matadoren der Linkspartei Ursache und Wirkung. Die implizite Verharmlosung des brutalen Regimes der Taliban kann nur eine Ermutigung für alle Diktatoren in der Welt sein.

Ferner: Der Einsatz in Afghanistan ist von der UNO abgesegnet worden. Dass es sich hier einfach um "Krieg" handelt, ist bewußte Irreführung der deutschen Öffentlichkeit. Und darum geht's den beiden Herren: Sie betreiben ein außenpolitisches Manichäertum, das Ihnen erlaubt, zwischen den Guten, die gegen "Krieg" sind und den Bösen, die für "Krieg" sind, zu unterscheiden. In dieser schönen heilen Welt finden selbst Leute wie Kofi Annan und Hamid Karzai keinen Platz. Aber darum geht's wohl auch nicht: Sie ist nur für Lafontaine und Gysi geschaffen.

Veröffentlicht am 06.08.2005

60 Jahre nach Hiroshima

Zum Abwurf der Atombombe über der japanischen Stadt Hiroshima vor 60 Jahren am 6. August 1945 erklärt der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Gert Weisskirchen:

Sie wirkte Furcht erregend: "Wir wissen jetzt, was Sünde ist", erkannte J. Robert Oppenheimer, der sie erfand. Hunderttausende starben durch sie elend, in Hiroshima, später dann im Pazifik, die Opfer der Versuche. Wer sie besitzt, steigt auf in der Hierarchie der globalen Macht. Millionen standen friedlich gegen sie auf, suchten gegen ihre Angst an zu demonstrieren. Weltweit forderten sie Abrüstung. Das nahm die Politik ernst. Die Atommächte begannen zu verhandeln. Sie wurden bedrängt, aus ihren Gesellschaften, von befreundeten Regierungen - die USA besonders von Willy Brandt.

1970 wurde der Nicht- Verbreitungsvertrag (NVV) unterzeichnet. Heute sind viele ernüchtert. Das zeigt auch die Bilanz der Vereinten Nationen. Immerhin haben acht Staaten ihre Nuklearprogramme beendet oder darauf verzichtet. Die Weiterverbreitung konnte eingedämmt werden. Und doch: Die Welt muss mit der Sünde leben. Deshalb: Was die Welt braucht, sind wache Zivilgesellschaften, die sich gegen Atomwaffen stemmen. Und: Wir brauchen Regierungen, die sich für den Frieden einsetzen und sich militärischen Abenteuern verweigern. Daher muss das Ziel bleiben: Wir wollen in einer Welt leben, die frei ist von allen Atomwaffen.

Veröffentlicht am 06.08.2005

30. Jahrestag der KSZE- Schlussakte: Am Anfang stand das Wort

Anlässlich des 30. Jahrestages der Unterzeichnung der KSZE- Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 erklärt der außenpolitische Sprecher der SPD- Bundestagsfraktion, Gert Weisskirchen:

Die Unterzeichnung der KSZE- Schlussakte 1975 war die Grundlage für die politische Revolution 1989 in Ost- und Südosteuropa. Die damals in "Korb drei" vereinbarten Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten bezogen sich auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken- , Gewissens- , Religions- und Überzeugungsfreiheit und galten für alle Menschen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion. Die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten unterschätzten die Sprengkraft der im "Korb drei" enthaltenen Verpflichtungen. Die Missachtung der eigenen Verfassungen, in denen die Menschenrechte enthalten waren und die Fokussierung Moskaus auf die Anerkennung des Status quo und der Teilung Europas haben dabei eine wichtige Rolle gespielt.

In den meisten sozialistischen Staaten entstanden nach 1975 die so genannten Helsinki- Gruppen, in denen die Dissidenten ihren Protest gegen Menschenrechtsverletzungen mit dem von der Staatsführung unterzeichneten Dokument begründeten. Es folgte der Aufstand und die Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc in Polen und endete schließlich mit dem Fall der Mauer im Herbst 1989.

Seither ist der "Korb drei" der KSZE/OSZE ein wichtiges Instrument zur Demokratisierung und Durchsetzung von Menschen- und Minderheitenrechten in den Transformationsstaaten Ost- und Südosteuropas geworden.

Die politische Revolution der Einigung und Demokratisierung Europas, deren Keim in der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 liegt, gilt es zu vollenden.

Veröffentlicht am 03.08.2005